




'Deutschland muss Motor in Europa werden'

"Deutschland muss Motor in Europa werden" - Verbände der Agrarbranche legen 5-Punkte-Programm zur Harmonisierung der Pflanzenschutz-Zulassung vor - Immer neue Hürden bei der Zulassung und überzogene Restriktionen bei der Anwendung erschweren den Pflanzenschutz in Deutschland. Dies gefährdet die heimische Produktion und wirkt sich negativ auf die Erträge und die Qualität landwirtschaftlicher Produkte aus. Führende Verbände der deutschen Agrarwirtschaft fordern daher in einem "5-Punkte-Programm für einen nachhaltigen Pflanzenschutz in Deutschland" von der Bundesregierung, dass Deutschland zur Sicherung einer nachhaltigen pflanzlichen Produktion Motor für die Harmonisierung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Europa werden muss. Mit ihrem Maßnahmenplan richten sich die Agrarverbände - Bundesverband der agrargewerblichen Wirtschaft (BVA), Deutscher Bauernverband (DBV), Deutscher Raiffeisenverband (DRV), Industrieverband Agrar (IVA), Zentralverband Gartenbau (ZVG) - an die Mitglieder des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages, die heute (24.09.2014) über den Bericht der Bundesregierung zur europäischen Harmonisierung im Pflanzenschutzbereich beraten werden. Diesen Harmonisierungsbericht hatte der Deutsche Bundestag im November 2011 im Zusammenhang mit der Neufassung des Deutschen Pflanzenschutzgesetzes eingefordert. Die Agrarverbände sehen sich durch den Bericht, der vor der Sommerpause vorgelegt wurde, in ihrer Kritik an der aktuellen Zulassungspraxis durch die deutschen Behörden bestätigt. Die Verbände kritisieren besonders, dass "Deutschland nationale Sonderwege bei der Zulassung geht, EU-Leitlinien zum harmonisierten Vorgehen bei der Zulassung nur teilweise anwendet und nur unzureichendes Vertrauen in die Bewertungsarbeit anderer Mitgliedstaaten hat". Sie appellieren an Regierung und Behörden, Deutschland vom Bremser zum Gestalter der europäischen Harmonisierung der Pflanzenschutzzulassung zu machen. Zudem kritisieren die Agrarverbände die unsachgemäße Vermengung von Fragen der Pflanzenschutz-Zulassung und der Agrar- und Umweltpolitik. Die Forderungen des 5-Punkte-Programms sind im Einzelnen: Zulassung von Pflanzenschutzmitteln wirkungsvoll harmonisieren und den Zulassungsstandort Deutschland fit für die Zukunft machen - Ausreichende Verfügbarkeit einer breiten Pflanzenschutzmittelpalette sicherstellen - Pflanzenschutzmittelzulassung und Agrar-/Umweltpolitik klar trennen - Klares politisches Bekenntnis zum chemischen Pflanzenschutz abgeben - Integrierten Pflanzenschutz fördern und umsetzen - Das 5-Punkte-Programm im Wortlaut >> PDF, 110 KB - Deutscher Bauernverband e.V. (DBV) - Claire-Waldorff-Straße 7 - 10117 Berlin - Deutschland - Telefon: 030/31904-407 - Telefax: 030/ 31904-431 - Mail: presse@bauernverband.net - URL: <http://www.bauernverband.de> -  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pिनr_=576141 width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.